
Mainz, den 01. Oktober 2021

Pressemitteilung

Tag des Flüchtlings 2021 Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete muss kommen!

Zum heutigen Tag des Flüchtlings fordert der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz von der neuen Bundesregierung eine umfassende Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Personen in Deutschland.

Menschen, die - nicht immer, aber oft nach einem erfolglosen Asylverfahren - lediglich geduldet werden, unterliegen einer Ausreisepflicht, die nicht durchgesetzt werden kann, weil die Situation in ihren Herkunftsländern, familiäre Bindungen zu Aufenthaltsberechtigten oder ihr Gesundheitszustand es verbietet.

Laut Ausländerzentralregister leben derzeit etwa 240.000 Personen mit einer solchen Duldung in Deutschland, etwa die Hälfte seit mehr als vier Jahren, ein Viertel seit mehr als fünf Jahren, jede*r Zehnte seit mehr als acht Jahren. Ein Viertel aller Geduldeten ist minderjährig, viele von ihnen sind bereits in Deutschland geboren und haben ihr Herkunftsland nie gesehen.

„Menschen über Jahre im Stadium der Duldung zu belassen, untergräbt nicht nur die individuellen Integrationsperspektiven der Betroffenen, sondern auch die Akzeptanz des Rechtsstaates in der Bevölkerung“, sagt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativ Ausschusses. *„Denn das Festhalten an einer Ausreisepflicht, die aus guten Gründen nicht durchsetzbar ist, gibt Wasser auf die Mühlen von Ausländerfeinden, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, die mit der Zahl der in Deutschland geduldeten Personen hausieren und auf Stimmenfang gehen.“*

Eine umfassende Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland geduldete Personen sei deshalb eine der wichtigsten migrationspolitischen Maßnahmen, die in einem Koalitionsvertrag auf Bundesebene verbindlich vereinbart werden müsse: *„Statt langjährig Geduldeten wider besseres Wissen über Jahre ein Leben unter dem Damoklesschwert der Ausreisepflicht zuzumuten, brauchen sie endlich Aufenthaltssicherheit - in ihrem eigenen und im gesamtgesellschaftlichen Interesse.“*

Zu Rheinland-Pfalz: Etwa ein Viertel aller derzeit in Rheinland-Pfalz geduldeten Personen sind Afghan*innen. Ihr Herkunftsland belegt im aktuellen Global Peace Index (GPI) des Institute for Economics and Peace (IPE) den 163. und letzten Platz. Es gilt damit - gemessen an den Kriterien individuelle Sicherheit, Intensität gewaltsamer Konflikte und Grad der Militarisierung - als das derzeit unsicherste Land der Erde. Ein weiteres Viertel machen Staatsangehörige aus Pakistan (Platz 150 im GPI), Somalia (Platz 158 im GPI), Irak (Platz 159 im GPI), Iran (Platz 142 im GPI) und Syrien (Platz 159 im GPI) aus.

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer